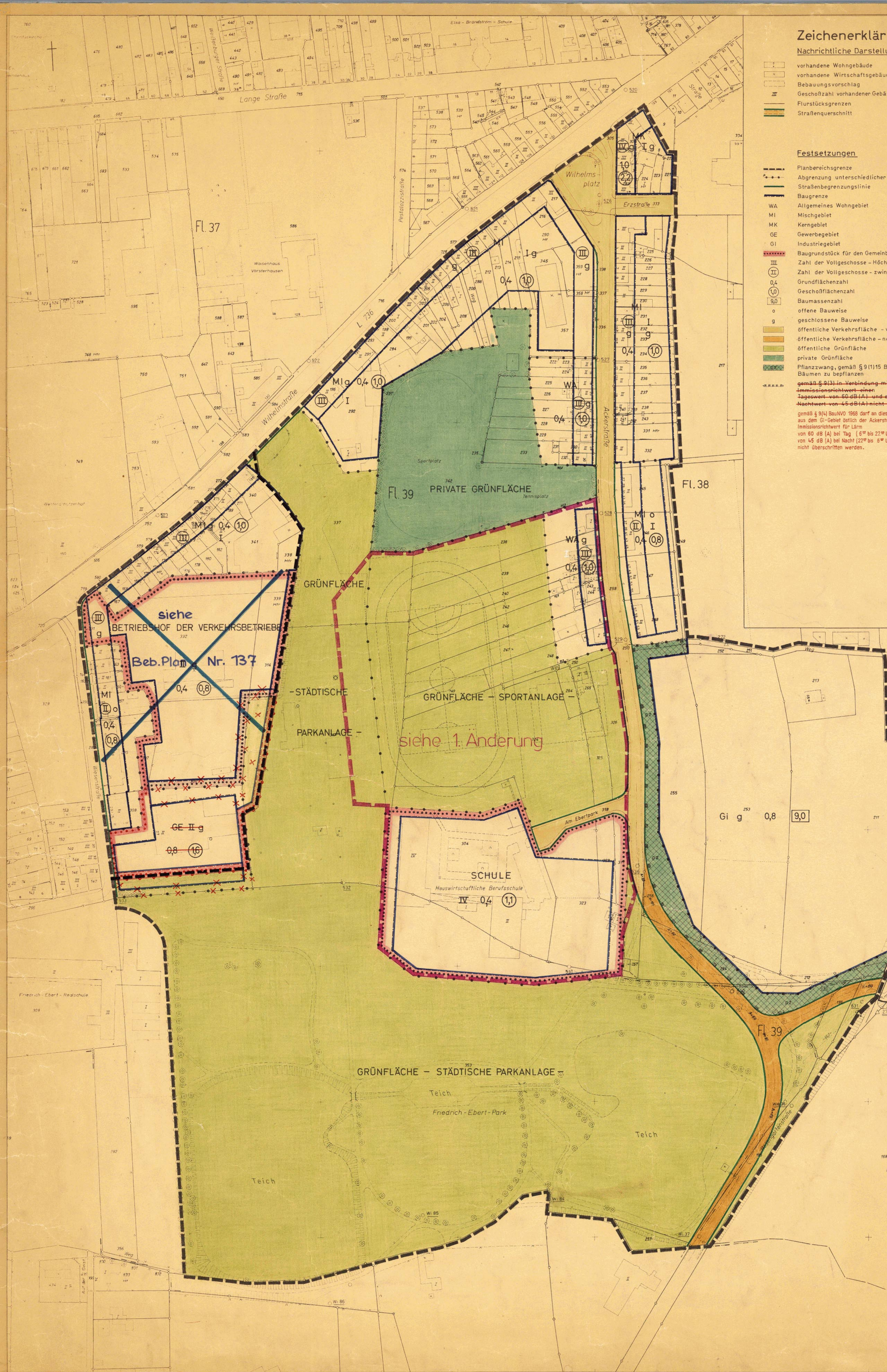




Zeichenerklärung

Nachrichtliche Darstellungen

- vorhandene Wohngebäude
- vorhandene Wirtschaftsgebäude
- Bebauungsvorschlag
- Geschloßzahl vorhandener Gebäude
- Flurstücksgrenzen
- Straßenquerschnitt

Festsetzungen

- Planbereichsgrenze
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
 - Straßenbegrenzungslinie
 - Baugrenze
 - WA Allgemeines Wohngebiet
 - MI Mischgebiet
 - MK Kerngebiet
 - GE Gewerbegebiet
 - GI Industriegebiet
 - Baugrundstück für den Gemeinbedarf
 - Zahl der Vollgeschosse - Höchstgrenze -
 - Zahl der Vollgeschosse - zwingend -
 - Grundflächenzahl
 - Geschloßflächenzahl
 - Baumassenzahl
 - offene Bauweise
 - geschlossene Bauweise
 - öffentliche Verkehrsfläche - vorhanden -
 - öffentliche Verkehrsfläche - neu -
 - öffentliche Grünfläche
 - private Grünfläche
 - Pflanzzwang, gemäß § 9(1)15 BBauG mit Sträuchern und Bäumen zu bepflanzen
- gemäß § 9(1)3 in Verbindung mit § 1(1) BBauG darf der Immissionsrichtwert einen Tageswert von 60 dB(A) und einen Nachtwert von 45 dB(A) nicht überschreiten
- gemäß § 9(4) BauVO 1968 darf an dieser Linie aus dem GI-Gebiet östlich der Ackerstraße ein Immissionsrichtwert für Lärm von 60 dB(A) bei Tag (6⁰⁰ bis 22⁰⁰ Uhr) und von 45 dB(A) bei Nacht (22⁰⁰ bis 6⁰⁰ Uhr) nicht überschritten werden.

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19.1.1955.

Hamm, den 17. April 1970

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Für den Entwurf:

Hamm, den 17. April 1970

Stadtrat *Stadtdirektor*
Stadtrat Stadtdirektor

Dieser Bebauungsplan besteht aus einem Blatt Zeichnungen.

Hamm, den 17. April 1970

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat die Aufstellung und die gemäß § 2(6) BBauG erforderliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung am 18.6.1970 beschlossen.

Hamm, den 6.7.1970

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Dieser Bebauungsplan und die Begründung haben gemäß § 2(6) BBauG in der Zeit vom 7.7.1970 bis einschließlich 7.8.1970 öffentlich ausgelegen.

Hamm, den 8.9.1970

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 10 BBauG diesen Bebauungsplan am 27.1.1971 einschl. der in der als Satzung beschlossenen eingetragenen Änderungen Hamm, den 29.1.1971 Der Oberstadtdirektor

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Gemäß § 11 BBauG ist dieser Bebauungsplan mit Verfügung vom 15. März 1971 Az: 10.12.18.14 Hamm 1971 genehmigt worden.

Landesbaubehörde Ruhr
Landesbaubehörde Ruhr

Die Genehmigung und Auslegung dieses Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 24.4.1971 öffentlich bekannt gemacht worden.

Hamm, den 24.4.1971

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 2(6) BBauG am 28.3.1973 in die öffentliche Auslegung der in blauer Farbe kenntlich gemachten teilweisen Aufhebung beschlossen.

Hamm, den 30.3.1973

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Dieser Bebauungsplan, der teilweise aufgehoben werden soll, hat gemäß § 2(6) BBauG in der Zeit vom 10.4.1973 bis einschließlich 10.5.1973 öffentlich ausgelegen.

Hamm, den 12.5.1973

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 10 BBauG die in blauer Farbe kenntlich gemachte teilweise Aufhebung dieses Bebauungsplanes am 22.4.1973 als Satzung beschlossen.

Hamm, den 22.4.1973

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1966 (BGBl. I S. 341) ist die in blauer Farbe kenntlich gemachte teilweise Aufhebung dieses Bebauungsplanes mit Verfügung vom 22.4.1973 Az: 10.12.18.14 Hamm 1973 genehmigt worden.

Landesbaubehörde Ruhr
Landesbaubehörde Ruhr

Die Genehmigung und Auslegung der in blauer Farbe kenntlich gemachten teilweisen Aufhebung dieses Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 8.6.1974 öffentlich bekannt gemacht worden.

Hamm, den 8.6.1974

Stadtdirektor
Stadtdirektor

Stadt Hamm
Gemarkung Hamm, Flur 38,39
Maßstab 1:1000

Bebauungsplan Nr. 12

im Sinne § 30 BBauG

Bereich zwischen Wiesenstraße, Wilhelmstraße, Ostgrenze der Grundstücke Ackerstraße Hs.Nr.1-65, Weg zum Haus Ackerstraße Nr.65a, Anschlußbahn der WDI, Bundesbahn, ehemaliger Stadtgrenze und Friedrich-Ebert-Realsschule
gemäß Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 (BGBl. I S.341) in Verbindung mit der Neufassung der Baunutzungsverordnung vom 26.11.1968 (BGBl. I S.1237), der Durchführungsverordnung zum BBauG vom 29.11.1960 (GV.NW. S.433, § 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26.6.1962 (GV.NW. S.373) und der Planzeichenverordnung (PIVO) vom 19.1.1965 (BGBl. I S.21).